

Anmerkungen zur BV 0979/17

Die FLU Fraktion wird gegen diese Vorlage stimmen.

Begründung:

Nach kontroverser Diskussion im ASBV am 13.09.17 einigte man sich nach einem Formulierungsvorschlag der FDP darauf, die bis dahin vorliegende Vorlage teilweise umzuformulieren, so dass fortan zumindest im Beschlussvorschlag nunmehr von einer städtischen Unterkunft an der Kamener Str. gesprochen wird. Überdies sollte schlüssig geprüft werden, ob es mögliche Alternativen zu dem von der Verwaltung favorisierten Ersatzbau an der Kamener Str. gibt.

Seit dieser Sitzung gibt es keinerlei neue Informationen, die über die Ausführungen in der ursprünglichen Beschlussvorlage hinausgehen.

Es fehlt weiterhin eine schlüssige und detaillierte Aufstellung der Kosten für eine Komplettsanierung und deren Gegenüberstellung zur Erstellung eines Ersatzbaus. Wie auf Seite 4 der Vorlage zu lesen ist, beträgt der nicht näher erläuterte und mit konkreten Zahlen hinterlegte Kostenunterschied zwischen einer ausreichenden Komplettsanierung des bestehenden Gebäudes und einem neu zu erstellenden Ersatzbau ca. 13.000 Euro pro späterem Bewohner. Setzen wir voraus, dass diese Zahlen realistisch sind, sparten wir bei einer Sanierung, ausgehend von der ebenfalls in der Vorlage aufgeführten Zahl von 64 Bewohnern, eine Summe von **832.000 Euro** !

Das ist eine Summe, die nicht nur in unserer Finanzsituation erheblich ist.

Der Neubau soll 2,4 Mio Euro kosten. Hinzu kommen noch die nicht näher erläuterten Ausgaben für 16 auszustattende Wohnungen, die ebenfalls nicht unerheblich sein dürften. Diese Investition ist nicht hinreichend dargestellt. Bislang wird als Deckung nur mehr oder weniger konkret, die fiktive Summe dargestellt, die durch den Verkauf eines städtischen Grundstückes in Massen an eine städtische Gesellschaft erzielt werden soll. Es handelt sich hierbei um ein Grundstück gegen dessen Verkauf die FLU ohnehin starke Bedenken erhebt, da die geplante spätere Nutzung zu infrastrukturellen Problemen im Ortsteil Massen führen könnte. Selbst bei Realisierung dieser Kaufsumme bliebe eine Deckungslücke zu den reinen Baukosten von ca. 500.000 Euro ohne die Aufwendungen für die 16 geplanten Wohnungen. Dies lapidar durch Überschüsse und Deckungsumstellungen in folgenden Jahresabschlüssen diffus darstellen zu wollen, reicht uns für eine seriöse Finanzierung nicht aus.

In Düsseldorf hat eine neue Landesregierung ihren Dienst aufgenommen. Wie diese zur Flüchtlingsproblematik, zur Unterbringung von Flüchtlingen, deren Verteilung und die Übernahme von Kosten steht, ist zurzeit noch nicht geklärt. Neue Regelungen zwischen Bund, Land und Kommunen sind in naher Zukunft zu erwarten.

Diese Entwicklungen sollten wir zunächst abwarten, bevor wir in unserer Finanzlage als Haushaltssicherungskommune eine derart hohe Investition tätigen. Der Entscheidungsdruck wird seitens der Verwaltung mit einer fristgerechten Beantragung von Fördermitteln begründet. Diese würden bei Bewilligung zinsfrei zur Verfügung gestellt. Ersatzweise müsste die Stadt fehlende Gelder mit einem Zinssatz von derzeit unter 1 % am freien Markt aufnehmen. Der Kostenvorteil zwischen zinsfreien Fördermitteln und anderen Kreditvarianten ist nicht so gravierend, als dass er uns hier zu übereilten Handlungen veranlassen sollte.

Klaus Göldner